



BLAUER BOTE

IHRE ZEITUNG FÜR DIE HAUPTSTADT · AUSGABE FRÜHLING 2026 **AfD** Landesverband Berlin

Bandenkriege in Berlin

Al Capone in der Hauptstadt?
Seite 6



Berlin autofrei?

Autofreie Utopien klingen schön.
Seite 3



Unsere Kandidaten für Berlin

Seite 4/5



BERLIN.

STARK.

MACHEN.

mit **KRISTIN BRINKER**
Spitzenkandidatin

Berlin braucht einen Neustart!

Nur mit der AfD wird aus Berlin wieder eine Metropole

Berlin hat eine einzigartige und wechselvolle Geschichte. Immer wieder stand unsere Stadt im Mittelpunkt der Weltpolitik. Sie war sowohl ein Quell des kulturellen und intellektuellen Aufbruchs als auch der Ort, an dem über Krieg und Frieden entschieden wurde. Berlin kennt also Licht und Schatten. Es kennt den Aufstieg und den Verfall.

Zum Glück nahmen sich nach dem Zweiten Weltkrieg große Führungspersönlichkeiten wie Ernst Reuter oder Willy Brandt unserer Stadt an. Als Regierende Bürgermeister sorgten sie dafür, dass es den Menschen in der geteilten Stadt wieder besser ging. Sie schufen funktionierende Strukturen und verhalfen der Hauptstadt des Kalten Krieges zu neuem politischen und kulturellen Glanz.

Davon ist heute kaum noch etwas geblieben. Berlin verwahrlost. Nach wie vor strömen ungebremst Migranten in die Stadt. Diese Politik verschlingt Milliarden Euro, die dringend an anderer Stelle gebraucht werden. Kriminalität und Armut nehmen beängstigende Ausmaße an. Gleiches gilt für sexuelle Übergriffe auf Frauen. Behörden wie Polizei, Jugend- und Sozialämter sind mit ihren Aufgaben restlos überlastet.

Der einst zu Recht hochgelobte öffentliche Personennahverkehr von BVG und S-Bahn fährt heute ununterbrochen im Reparaturbetrieb. An den Schulen herrschen unhaltbare, von Gewalt geprägte Zustände; und das Bildungsniveau ist auf einem Tiefpunkt angekommen.

Heute ist Berlin eine Stadt am Limit, ausgebeutet und heruntergewirtschaftet von unzähligen Koalitionen mit CDU, SPD, Linken und Grünen. Berlin braucht dringend einen Neustart, einen Aufbruch in eine bessere Zukunft.

Berlin ist eine Stadt am Limit, ausgebeutet und heruntergewirtschaftet von unzähligen Koalitionen mit CDU, SPD, Linken und Grünen.

Dieser Aufbruch kann nur mit der AfD gelingen. Wir sind die einzige politische Kraft, die nicht für diese Verwahrlosung verantwortlich ist und die eine echte politische Wende will. Nur wir können Berlin wieder stark machen. Und genau das ist unsere Botschaft für den Wahlkampf: „BERLIN.STARK.MACHEN“.

Wir sind Berlin, wir sind stark, und wir machen aus unserer Stadt wieder die Metropole, auf die die Welt schaut.

~DR. KRISTINBRINKER

Ein Social-Media-Verbot für junge Leute ist nicht akzeptabel

Eine flächendeckende digitale Ausweispflicht unter dem Deckmantel des Jugendschutzes?



Foto: stock.adobe.com

Das Wahlalter wurde zuletzt an mehreren Stellen gesenkt. Und Jugendliche können selbständig ihr Geschlecht wechseln. Aber beim Thema Social Media sollen plötzlich ganz andere Regeln gelten. Zeitgleich mit dem Erfolg der AfD bei Jung- und Erstwählern entwickeln die anderen Parteien Ideen, wie Junge Leute von sozialen Netzwerken ferngehalten werden sollen. Wie kann das sein?

Ein digitales Zugangsverbot für Minderjährige klingt nach ernsthaftem Jugendschutz. Doch der Preis wäre enorm hoch – und würde weit über den Schutz von Kindern und Jugendlichen hinausgehen.

Um ein solches Verbot wirklich durchzusetzen, müssten alle Nutzer ihr Alter glaubhaft nachweisen. Sonst umgehen

Jugendliche die Regelung in Minuten – wie sie es heute schon tun. Ein simples Anklicken von „Ja, ich bin über 18“ reicht dafür nicht aus. Es bräuchte Personalausweis, eID, Video-Ident oder vergleichbare Verfahren.

Das bedeutet: Jede erwachsene Person, die auf Instagram oder TikTok surft, auf

X kommentiert oder YouTube schaut, müsste sich identifizieren. Millionen bisher anonymer oder pseudonymer Accounts würden plötzlich einem echten Bürger zugeordnet.

Das Ergebnis wäre ein nahezu lückenloses Bewegungs- und Interessensprofil jedes einzelnen Bürgers im Netz. Der Staat (odervon ihm beauftragte Firmen) wüsste, wer sich wann, wo und wie lange in sozialen Medien aufhält – und könnte diese Daten mit anderen Quellen verknüpfen.

Das ist kein Nebeneffekt, sondern das eigentliche System: eine flächendeckende digitale Ausweispflicht unter dem Deckmantel des Jugendschutzes.

Besserer Schutz für junge Menschen? Unbedingt. Aber bitte durch den Elternwillen, ein besseres Alters-Design, klügere Moderation und transparente Empfehlungsalgorithmen – nicht durch Totalüberwachung aller Bürger.

Deshalb ein klares Nein zu einem Verbot, das de facto alle Deutschen registriert und entmündigt. **~RONALD GLÄSER**

Eine andere Energiepolitik ist möglich – und notwendig

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den deutschen Atomausstieg offen als „strategischen Fehler“ für Europa bezeichnet

Der Atomausstieg zählt zu den teuersten und dümmsten energiepolitischen Fehlentscheidungen Deutschlands. Funktionierende, abgeschriebene Kernkraftwerke – CO₂-arm, grundlastfähig, zuverlässig und günstig – wurden abgeschaltet und durch ein wetterabhängiges, subventionslastiges System ersetzt.

Das Ergebnis: ein teureres, instabiles Energiesystem und volkswirtschaftliche Mehrkosten von 300 bis 600 Milliarden Euro, die sich in hohen Strompreisen, Netzentgelten, Subventionen und Abwanderung energieintensiver Industrie zeigen.

Friedrich Merz räumt ein, dass die Stilllegung ein schwerer strategischer Fehler war – hält sie aber für „irreversibel“. Genau das ist die Absurdität: Er gibt den Fehler zu, korrigiert ihn aber nicht. Während weltweit und in Frankreich, Großbritannien und Osteuropa



Foto: MZ-generiert

eine Kernenergie-Renaissance läuft, erklärt Deutschland seine Sackgasse für unumkehrbar.

Deutschland hat einen der höchsten Strompreise weltweit, erlebt Deindustrialisierung und importiert paradoxerweise Atomstrom aus Frankreich. Ideologie schlägt Physik. Eine Kurskorrektur (Laufzeitverlängerung, neue Reaktoren) ist derzeit parteipolitisch nur mit der AfD

machbar – alle anderen Parteien halten trotz erkannter Fehlentscheidung am Ausstieg fest.

Kurz: Deutschland weiß, dass der Atomausstieg ein Fehler war. Nur ändern will man ihn nicht. Übrigens: Die Mehrheit der Bevölkerung ist für eine Revitalisierung der Kernenergie.

~FRANK-CHRISTIAN HANSEL

Wir brauchen eine klügere Verkehrslenkung zugunsten der Verkehrssicherheit



Foto: stock.adobe.com

137.000 Verkehrsunfälle, 37 Tote und 1.840 Schwerverletzte, das ist das Ergebnis im Berliner Verkehr des Jahres 2025. Wir haben großen Handlungsbedarf, aber leider wird immer noch nicht genügend getan.

Untersuchungen der Unfallkommissionen sowie der polizeilichen Unfallstatistik zeigen, dass ein erheblicher Teil schwerer Verkehrsunfälle auf unübersichtliche Infrastrukturstellen, defizitäre Knotenpunkte, eingeschränkte Sichtbeziehungen sowie auf nicht optimal abgestimmte Verkehrsführungen zurückzuführen ist.

Deshalb hat die AfD-Fraktion ein Maßnahmenpaket eingereicht, mit dem wir zeitnah Verbesserungen erreichen können:

Wir fordern ein landesweit einheitliches Verkehrssicherheitsmonitoring, in dem Unfallstatistiken, Infrastruk-

turzustände und Umsetzungsstände von Maßnahmen gebündelt und regelmäßig veröffentlicht werden. Berlin braucht eine robuste, auswertbare Verkehrsdateninfrastruktur statt immer neuer Einzelprojekte und bunter Broschüren.

Wir fordern den gezielten Einsatz moderner Technik. Wir wollen eine kluge Verkehrslenkung durch Kameras, Radar und Ampeln, um Konfliktsituationen zu entschärfen, bevor es kracht. Wir fordern zudem die Koordinierung von Ampeln insbesondere auf Hauptverkehrsstraßen und eine systematische Auswertung der gewonnenen Daten, um Gefahrenstellen

frühzeitig zu erkennen.

Wir fordern klare, transparente Prioritäten bei der Beseitigung von Gefahrenstellen. Landesweit müssen einheitliche Kriteriengelten-Unfalllage, Verkehrsbelastung, örtliche Gegebenheiten, Gefährdungspotenzial. Der Senat soll regelmäßig berichten, wie viele Gefahrenstellen tatsächlich entschärft wurden.

Wir wollen eine kluge Verkehrslenkung durch Kameras, Radar und Ampeln, um Konfliktsituationen zu entschärfen, bevor es kracht.

Wir fordern eine bessere Unterstützung der Bezirke. Viele Maßnahmen scheitern heute nicht am guten Willen vor Ort, sondern an fehlenden Ressourcen, komplizierten Abläufen und uneinheitlichen Vorgaben.

~ROLF WIEDENHAUPT

Das alles können Sie in unserem Antrag **Drs.19/2894** hier nachlesen:

<https://www.parlament-berlin.de/ados/19/IIIPlen/vorgang/>



Darum wird „Berlin autofrei“ scheitern

Autofreie Utopien klingen schön – in der Praxis scheitern sie an Freiheit, Alltag und Vernunft

Die Initiative „Berlin autofrei“ träumt von einer Innenstadt ohne privaten Autoverkehr im S-Bahn-Ring. Kaum Autos, mehr Platz für Fahrradfahrer und Fußgänger – klingt idyllisch. Doch die Realität holt solche radikalen Pläne schnell ein.

Berlin ist keine abgeschottete Insel. Hunderttausende pendeln täglich, Handwerker, Lieferanten, Ärzte, Familien mit Kindern, Senioren – viele sind auf das Auto angewiesen. Ein faktisches Verbot würde die Wirtschaft lähmen, Lieferketten stören und soziale Ungleichheit fördern: Wer außerhalb wohnt oder körperlich eingeschränkt ist, zahlt den Preis.

Schon jetzt scheitert der Vorstoß an breiter Ablehnung. Der Volksentscheid mag kommen – umgesetzt wird er kaum. Zu viele Berliner wollen mobil bleiben, nicht entmündigt werden. Jedoch: Wirklich ernst



genommen werden diese Berliner nur von der AfD.

Denn: Auch ohne den Volksentscheid arbeiten Grüne und die Senatsparteien daran, das Autofahren zu vermiesen. Parkgebühren, Parkplatzmangel, Dauerbaustellen, Schneckentempo, Poller. Überall die gleichen Folterwerkzeuge linker Politik.

Ein Blick nach Österreich mahnt: Ab Mai 2026 dürfen Städte wie Wien, Graz oder Linz Innenstadt-Zufahrten per Kamera kontrollieren und verbieten – mit Bußgeldern bis über 2.000 Euro. Das Ergebnis? Frust, Umgehungsverkehr, teure Ausweichparkplätze und das Gefühl, als Autofahrer kriminalisiert zu werden.

Parkplatzmangel, Dauerbaustellen, Schneckentempo, Poller – überall die gleichen Folterwerkzeuge linker Politik.

Autofreie Utopien klingen schön – in der Praxis scheitern sie an Freiheit, Alltag und Vernunft. Besser: gezielte Verbesserungen für ÖPNV, Radwege und saubere Technik – ohne Autofahrer pauschal zu dämonisieren.

~MARKUS SCHLEUSENER



**ROLF WIEDENHAUPT**

für Reinickendorf, Mitglied des Abgeordnetenhauses, 68 Jahre

Gute Mobilität durch Verkehrsvielfalt statt Verkehrsideologie.

**RALF CONRADI**

für Reinickendorf, Jurist, 69 Jahre

Wer sich wieder bürgerliche Politik für Deutschland wünscht, muss AfD wählen.

**JAN STREECK**

für Pankow, Versicherungs- und Finanzkaufmann, 28 Jahre

Endlich ehrliche Politik für Berlin.

**MARC BERNICKE**

für Reinickendorf, Landesgeschäftsführer, 30 Jahre

Berlin braucht Bernicke.

**CARSTEN UBBELOHDE**

für Reinickendorf, Zahnarzt, 64 Jahre

Nur wer Deutschland liebt, kann Volksvertreter sein!

**DANIEL KRÜGER**

für Pankow, Verkehrsingenieur, 57 Jahre

Für die Menschen, für unser Berlin.

**TOMMY TABOR**

für Spandau, Unternehmer, 43 Jahre

Spandau verdient blau – Tommy Tabor liefert!

**HERBERT MOHR**

für Pankow, Physiotherapeut, 37 Jahre

Ich sage, was ich denke. Und tue, was ich verspreche. Ehrlich. Direkt. Für Berlin!

**DAVID ECKERT**

für Lichtenberg, Sozialwissenschaftler, 34 Jahre

Für Sicherheit, Sauberkeit und Gerechtigkeit: Berlin. Du kannst mehr!

**JULIAN ADRAT**

für Mitte, Bildender Künstler, 35 Jahre

Unsere Zukunft. Unsere Regeln. Berlin verdient das Beste!

**STEPHAN KNAUTE**

für Lichtenberg, Soldat, 49 Jahre

Dem Land verpflichtet, dem Bürger zu dienen, für Einigkeit, Recht und Freiheit.

**DR. HUGH BRONSON**

für Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitglied des Abgeordnetenhauses, 65 Jahre

Rote Krawatten sind keine Politik.

**DR. KRISTIN BRINKER**

für Steglitz-Zehlendorf, Architektin, 54 Jahre

Berlin. Stark. Machen.

**JEANNETTE AURICHT**

für Marzahn-Hellersdorf, Kaufmännische Angestellte, 56 Jahre

Sozial ist nicht, wer verteilt, sondern wer Aufstieg ermöglicht.

**MARC VALLENDAR**

für Charlottenburg-Wilmersdorf, Rechtsanwalt, 39 Jahre

Lasst uns Berlin vor dem links-woken Wahnsinn verteidigen!

**FRANK SCHEERMESSER**

für Friedrichshain-Kreuzberg, Unternehmensberater, 67 Jahre

Wer den Hafen nicht kennt, in den er segeln will, für den ist kein Wind der richtige.

**MARTIN TREFZER**

für Treptow-Köpenick, Volkswirt, 56 Jahre

Für Wissenschaftsfreiheit und gegen Cancel-Culture an unseren Unis.

**MARTIN KOHLER**

für Charlottenburg-Wilmersdorf, Fraktionsreferent, 28 Jahre

Remigration ist nicht alles, aber ohne Remigration ist alles nichts.

**FRANK-CHRISTIAN HANSEL**

für Tempelhof-Schöneberg, Diplom-Politologe, 61 Jahre

Ich trete für einen echten Politikwechsel ein, der sich gegen den Linksblock von Grünen, Linken und SPD richtet.

**ALEXANDER BERTRAM**

für Treptow-Köpenick, Sozialwissenschaftler, 37 Jahre

Niemals wegducken! Immer einmischen! Immer mitmischen!

**KARL-HEINZ TURBAN**

für Tempelhof-Schöneberg, Software-Entwickler, 71 Jahre

Berlin ohne AfD ist wie Curry ohne Wurst.

**ROBERT ESCHRICHT**

für Neukölln, Wirtschaftswissenschaftler, 40 Jahre

Gerne Deutsch.

**SARAH GRÖBER**

für Steglitz-Zehlendorf, Socialmedia-Referentin, 40 Jahre

Was muss noch passieren, bis auch Du Dich traust, umzudenken?

**HENDRIK PAULI**

für Neukölln, Lehrer, 48 Jahre

m/w/d: männlich, weiß, deutsch.

**DENIS HENKEL**

für Treptow-Köpenick, Jurist, 51 Jahre

Bürger an die Macht!

**BERLIN.
STARK.
MACHEN.**mit **KRISTIN
BRINKER**
Spitzenkandidatin

Bandenkriege in Berlin – und ein Senat, der über Begriffe streitet

Justizsenatorin spricht von einer „neuen Dimension“ der organisierten Kriminalität



das wahre Ausmaß wird systematisch verschleiert.

Das LKA beobachtet, wie kriegserfahrene Clanstrukturen aus Syrien, Irak und Tschetschenien mit den etablierten arabisch-libanesischen Clans um kriminelle Märkte kämpfen.

Die Messlatte für die innere Sicherheit Berlins ist jetzt also Al Capone.

Die Justizsenatorin sprach von einer „neuen Dimension“ der organisierten Kriminalität. Die Polizeipräsidentin erklärte dagegen im Innenausschuss, sie sehe keine Hinweise auf einen Bandenkrieg „wie in Chicago in den 30er-Jahren“. Die Messlatte für die innere Sicherheit Berlins ist jetzt also Al Capone. Solange hier niemand mit einer Tommy Gun aus einem Oldtimer schießt, ist offenbar alles in Ordnung. Wer nicht einmal eine gemeinsame Sprache für das Problem findet, wird es ganz sicher nicht lösen.

~THORSTEN WEISS

515-mal wurde 2025 in Berlin scharf geschossen. In einem Kreuzberger Nachtclub explodierte eine Handgranate. Auftragstäter werden mit Touristenvisa einfliegen, schießen auf Restaurants und verschwinden wieder. Die Kriminalstatistik 2025 setzt noch eins drauf: Schussabgaben plus 42 Prozent, Drohung mit Schusswaffe plus 100 Prozent. Berlin führt bundesweit bei Straftaten mit Schusswaffengebrauch.

Die Zahlen sind eindeutig: Über 43 Prozent aller Tatverdächtigen sind Ausländer – bei 22,5 Prozent Bevölkerungsanteil. Die Anzahl der tatver-

dächtigen Nichtdeutschen ist mit 4.871 mehr als doppelt so hoch wie die der Deutschen. Doppelstaatler werden in der Statistik als Deutsche geführt –

Unsere Demokratie™ grenzt Opposition aus Untersuchungsausschuss aus

Kristin Brinker: „Gezielte Benachteiligung und Vertuschung statt Aufklärung“

Im Dezember 2025 setzte das Berliner Abgeordnetenhaus auf Antrag von Linken und Grünen den 2. Untersuchungsausschuss „Fördergeld“ ein. Er soll klären, ob rund 3,4 Millionen Euro Fördermittel für Projekte gegen Antisemitismus korrekt vergeben wurden oder ob es politische Einflussnahme auf die Kulturverwaltung gab. Einer der Vorwürfe gegen Ex-Kultursenator Joe Chialo (CDU) lautet, es habe unklare Kriterien, Druck aus CDU/SPD und einen Verstoß gegen Haushaltsrecht gegeben.

Der Ausschuss ist mit neun Mitgliedern plus Stellvertretern besetzt; nach dem Einsetzungsbeschluss steht der AfD ein Sitz zu. Bei der Wahl am 15. Januar 2026 erhielten die AfD-Kandidaten (Mitglied und Stellvertreter) jedoch keine Mehrheit – auch nicht in weiteren Wahlgängen. Der Ausschuss konstituierte sich am 16. Januar

ohne AfD-Vertreter und nahm unter Vorsitz von Manuela Schmidt (Linke) die Arbeit auf.

Die AfD-Fraktion sieht darin einen klaren Verstoß gegen das Untersuchungsausschussgesetz, die formale Chancengleichheit der Fraktionen und das Recht auf effektive Opposition. Fraktionschefin Kristin Brinker sprach von gezielter Benachteiligung und „Vertuschung statt Aufklärung“. Die AfD zog vor den Verfassungsgerichtshof Berlin.

Der Vorgang ist bislang einzigartig im Berliner Landesparlament.

Dieser lehnte den Eilantrag am 6. März 2026 ab: Zwar müsse ein Untersuchungsausschuss grundsätzlich die Parlamentszusammensetzung widerspiegeln, doch

hätten Abgeordnete ein freies Mandat und keinen Anspruch auf bestimmte Kandidaten. Da die AfD an denselben Personen festhielt, liege keine Verfassungsverletzung vor.

Der Vorgang ist bislang einzigartig im Berliner Landesparlament und löste Debatten über Oppositionsrechte aus. Der Ausschuss arbeitet weiter – bis Sommer soll ein Bericht vorliegen.

So viel steht jetzt schon fest: Wer Verstöße gegen das Haushaltsrecht anprangert, aber gleichzeitig Abgeordnete bei ihrer Arbeit behindert und damit die Rechte der Bürger beschneidet, der ist nicht glaubwürdig. Die Alternative für Deutschland wird auch ohne Mitglied in diesem Ausschuss ihre Aufgabe als Stimme gegen Steuergeldverschwendung wahrnehmen.

~CARSTEN MÜLLER



Kein Aktivismus im Klassenzimmer

Unterricht kann und darf kein Wahlkampf sein



Foto: KI-generiert

„Schule muss nicht neutral sein, wenn es um das Grundgesetz geht.“ Mit diesem Satz werden Eltern und Schüler regelmäßig belehrt, wenn sie Anti-AfD-Agitation im Unterricht kritisieren. Meist ist damit gemeint: Gegen die „Richtigen“ darf der Lehrer durchaus parteipolitisch Stellung beziehen.

Wie weit das gehen kann, zeigte 2024 ein Steglitzer Schulleiter. Er rief seine Schüler zu einer Demonstration gegen die AfD auf. Erst nachträglich griff die Schulaufsicht ein und sprach eine „Ermahnung“ aus.

Lehrer sind als Beamte verpflichtet, für die Erhaltung der freiheitlich-demokrati-

schen Grundordnung einzutreten. Gegenüber dem Grundgesetz besteht also keine Neutralitätspflicht. Aber daraus folgt kein Freibrief für politische Kampagnen im Klassenzimmer.

Für die politische Bildung gelten seit Jahrzehnten die drei Grundsätze des sogenannten Beutelsbacher Konsenses. Erstens

das Überwältigungsverbot: Schüler sollen sich ihre eigenen Meinungen bilden können; der Lehrer darf ihnen keine „erwünschten Meinungen“ aufzwingen. Zweitens das Kontroversitätsgebot: Alle gesellschaftlich bedeutenden Standpunkte müssen im Unterricht dargestellt werden. Drittens die Schülerorientierung: Schüler sollen ihre eigenen Interessen erkennen und als mündige Bürger vertreten können.

Schüler sollen sich ihre eigenen Meinungen bilden können – der Lehrer darf ihnen keine „erwünschten Meinungen“ aufzwingen.

Was also tun bei der nächsten Anti-AfD-Agitation im Unterricht? Nicht auf „Neutralität“ pochen, sondern auf Überparteilichkeit, Ausgewogenheit und Mündigkeit. Genau das verlangt der Beutelsbacher Konsens. Denn Unterricht ist schließlich kein Wahlkampf.

~HENDRIK PAULI

„Was Land und Bezirk hier machen, ist Verkehrstyrannie“

Staus, Gängelung, Blockade. Der AfD-Bezirksvorsitzende aus Friedrichshain-Kreuzberg Frank Scheermesser donnert gegen die grün-rote Verkehrspolitik: Es läuft ein ideologischer Feldzug gegen den Autofahrer, der den Bezirk in ein Stauinferno verwandelt.

Die A100-Verlängerung, seit Jahrzehnten debattiert, könnte Hunderttausende Lkw und Berufspendler direkt abschöpfen. Stattdessen blockieren Grüne und Linke jeden Spatenstich. "Das ist Sabotage pur!", poltert Scheermesser. Familienväter, die morgens um 7 Uhr in den Stau rollen, um pünktlich im Büro zu sein, werden zur Kasse gebeten – durch Zeitverlust, Frust und explodierende Spritkosten.

Noch schlimmer: Die Poller-Hölle! Auf Hauptstraßen wie der Frankfurter Allee hat die Grünen-Bezirksverwaltung die Spuren radikal gekürzt – von drei auf zwei, bald gar eine? AfD fordert: Sofort dreispurig machen! Diese auto-



Foto: stock.adobe.com

feindliche Politik drangsaliert nicht nur Pendlerfamilien am Stadtrand, sondern vergiftet das Leben aller. Nebenstraßen? Abgesperrt durch Poller, kein Fluss mehr möglich.

AfD-Forderungen sind klar: A100 sofort unterirdisch verlängern! Frankfurter Allee dreispurig freiräumen! Poller auf Neben-

straßen durch Parkplätze für Anwohner ersetzen. Hauptstraßen entlasten, Verkehr fließen lassen. Genug des Terrors! Berliner verdienen Mobilität, nicht Stillstand. Was Regierung und Bezirk hier machen, ist pure Verkehrstyrannie gegen die Anwohner und Bürger.

~CHRISTOPHER PETER





10 Fragen an: Martin Trefzer

Martin Trefzer (MdB), Mitglied des AfD-Landesvorstands, Sprecher des AfD-Bezirksverbands Treptow-Köpenick und im Abgeordnetenhaus zuständig für Wissenschaft, Forschung, Religion und Erinnerungspolitik.

- Ihr Lieblingsplatz in Berlin ist ...?**
Der Schlosspark Köpenick
- Das Getränk zum Lieblingslied?**
Eine Berliner Weiße zu Rio Reisers „König von Deutschland“
- Im Radio hören Sie am liebsten ...?**
SWR 4, DLF-Zwischentöne
- Wo gibt es die beste Pizza in Ihrem Bezirk?**
Manifattura del Gusto, Schöneeweide
- Was mögen Sie an Berlin am meisten?**
Schnodderigkeit und Kodderschmauze
- Und was ist das Schrecklichste?**
Schnodderigkeit und Kodderschmauze
- Warum sind Sie Abgeordneter geworden?**
Verantwortungsgefühl, Leidenschaft und die passende Gelegenheit. Ich war schon immer Politik-Junkie, konnte aber mit den Altparteien wenig anfangen.
- Was war ihr größter Erfolg als Abgeordneter?**
Die Überprüfung der Doktorarbeit von Franziska Giffey
- Haben Sie die Entscheidung jemals bereut?**
„Man soll seine alten Entscheidungen nicht im Stich lassen.“ (Nietzsche)
- Wenn Sie einen Wunsch im Abgeordnetenhaus frei hätten, wie würde der lauten?**
Weniger Partei-Apparatschiks, mehr freie Geister!



Alle Blauen Boten gibt's hier:

QR-Code scannen und keine Ausgabe mehr verpassen:

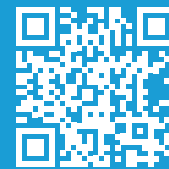
<https://afd.berlin/blauer-bote/>



Mitmachen, Mitbestimmen, Mitglied werden.



Wenn auch Sie dabei sein wollen, dann fordern Sie Ihren Mitgliedsantrag an oder füllen diesen direkt online aus:



[afd.berlin/
mitmachen
mitglied-werden](https://afd.berlin/mitmachen/mitglied-werden)

Foto: mh2010

Sie sind beruflich oder privat stark eingespannt?

Dann können Sie uns auch durch eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende unterstützen:

SPENDENKONTO:

AfD - Landesverband Berlin,
DE35 1005 0000 0191 1950 57
BELADEBEXXX

**Folgen Sie uns:
AfD Landesverband Berlin**

www.afd.berlin

facebook.com/afdberlin/

twitter.com/AfDBerlin



Landesverband
Berlin

IMPRESSUM

Herausgeber AfD Landesverband Berlin, Eichhorster Weg 80, 13435 Berlin Verantwortlich im Sinne des Presserechts Ronald Gläser
E-Mail lgs@afd.berlin
REDAKTIONSSCHLUSS 7. APRIL 2026

